

# Pressemitteilung

Deutscher  
Gewerkschaftsbund

Bezirk  
Baden-Württemberg

## Zur Gesamtbilanz des Bündnisses zur Stärkung der beruflichen Ausbildung in Baden-Württemberg 2007-2010:

PM 76  
25.11.2010

### DGB begrüßt differenzierteren Blick auf den Ausbildungsmarkt

### Weiterhin große Nachfrage nach dualer Ausbildung – Wirtschaft muss Chancen nutzen

### Marion v. Wartenberg: Betriebe, öffentliche Verwaltung und berufliche Schulen müssen Angebote für Jugendliche ausbauen

Der DGB begrüßt, dass die Bündnispartner in ihre Bilanz zum jetzt endenden „Bündnis zur Stärkung der beruflichen Ausbildung in Baden-Württemberg 2007-2010“ eine realistischere Darstellung des Ausbildungsmarktes aufgenommen haben. „Jetzt werden in der Analyse der Vorjahresentwicklung auch die Jugendlichen berücksichtigt, deren Ausbildungsplatzwunsch sich nicht verwirklichen ließ. Damit wird endlich eine langjährige Forderung des DGB erfüllt“, so die stellvertretende DGB-Landesvorsitzende Marion v. Wartenberg zum heute im Wirtschaftsministerium stattfindenden Spitzengespräch zur Ausbildungssituation. 2010 hatten knapp 11.000 Jugendliche in Baden-Württemberg keinen Ausbildungsplatz gefunden und mussten in verschiedene Maßnahmen und schulische Alternativen ausweichen. In der Öffentlichkeit war in den vergangenen Jahren nur von wenigen hundert unversorgten Jugendlichen gesprochen worden. Der DGB hatte diese Darstellung immer kritisiert.

Der DGB begrüßt ausdrücklich, dass die Bündnispartner den Blick jetzt auf alle Jugendlichen richten, die sich um einen Ausbildungsplatz bemühen, so die DGB-Vize. Der Übergang von der Schule in Ausbildung – das sog. Übergangssystem – müsse verstärkt in den Blick genommen werden. „Das derzeitige Übergangssystem hat weder System noch schafft es Übergänge, kritisierte Marion v. Wartenberg. „Der Dschungel der Maßnahmen und schulischen Übergangsangebote muss gelichtet werden. Benachteiligte Jugendliche brauchen eine Perspektive in Ausbildung und Beruf.“ Der DGB fordert daher in Anlehnung an das „Hamburger Modell“ die Maßnahmen und das schulische Übergangsangebot zugunsten vollqualifizierender Bildungsgänge zu reduzieren. Auch der Verweis auf die mangelnde Ausbildungsreife und/oder –willigkeit der Bewerberinnen und Bewerber sei in dieser Pauschalität falsch. Der DGB verwies auf eine Studie des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) zu den Ursachen unbesetzter Ausbildungsplätze. Das BIBB konstatierte, dass viele Betriebe unrealistisch hohe Anforderungen an die Jugendlichen stellten - Anforderungen, die eigentlich im Lauf der Ausbildung vermittelt werden müssten.

Der DGB sieht auch in diesem und den nächsten Jahren keine Entwarnung bei der Ausbildungsplatzsituation. „Auch nach Ende der Wirtschaftskrise werden jetzt durch fehlende Angebote an Ausbildungsstellen die beruflichen Perspektiven vieler Jugendlicher verbaut“, so die DGB-Vize. Für das Ausbildungsjahr 2010 erwartet der DGB, dass die Zahlen von 2009 gehalten werden können. 2009 hatte es einen Rückgang um 8,4 % gegenüber dem



DGB

#### Herausgeber:

DGB-Bezirk  
Baden-Württemberg

#### Verantwortlich:

Nikolaus Landgraf,  
Vorsitzender

#### Pressestelle:

Jürgen Klose,  
Pressesprecher

fon: 0711-2028-213/-299

fax: 0711-2028-250

E-Mail: [info-bw@dgb.de](mailto:info-bw@dgb.de)

Internet: [www.bw.dgb.de](http://www.bw.dgb.de)

Vorjahr gegeben. Der Rückgang der Schülerzahlen sei in Baden-Württemberg noch nicht dramatisch und die hohe Zahl der Altbewerber rechtfertige es nicht, die Bemühungen um ein höheres Ausbildungsplatzangebot zu reduzieren. Der DGB fordert Betriebe und Verwaltungen auf, alle Ausbildungsstellen den Agenturen zu melden und zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen. "Wir brauchen auch im ländlichen Raum und außerhalb der großen Zentren ein breit gefächertes Ausbildungsangebot", so v. Wartenberg.

Die Landesregierung müsse außerdem das Angebot weiterqualifizierender schulischer Ausbildungsgänge wie berufliche Gymnasien und die Möglichkeiten zum Erwerb der Fachhochschulreife bedarfsgerecht ausbauen und zusätzliche Klassen einrichten. Auch der am Dienstag angekündigten Ausbau der beruflichen Gymnasien reiche noch nicht aus, um allen anspruchsberechtigten Bewerberinnen und Bewerbern einen Schulplatz anbieten zu können. Das strukturelle Defizit bei der Lehrerversorgung an den beruflichen Schulen führe zu Qualitätseinbußen bei der Ausbildung und könne nicht weiter geduldet werden.

Positiv hervorzuheben in der Gesamtbilanz des Bündnisses sei die Umsetzung des KMK-Beschlusses zum Hochschulzugang ohne Abitur und die Entwicklung erster berufsbegleitender Studiengänge an staatlichen Hochschulen. Gemeinsam mit der Wirtschaft hatte der DGB darüber hinaus die Hochschulen aufgefordert, Anrechnungsverfahren für beruflich erworbene Kompetenzen zu entwickeln, um die Studienzeiten von nicht-traditionellen Studierenden zu verkürzen. Darüber hinaus müsse die finanzielle Förderung dieser Studierenden verbessert werden.

Auch das Pilot-Projekt des Wirtschaftsministeriums zur Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) durch ein externes Ausbildungsmanagement sei ein Instrument, um die Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen zu erhöhen. Es müsse ausgeweitet und fortgeführt werden. Dieses und weitere Angebote von Bundesagenturen, Land, Wirtschaft und Gewerkschaften seien zukünftig jedoch besser regional zu vernetzen, um die passgenaue Vermittlung in Ausbildung durch ein regionales Übergangsmanagement zu verbessern.

Die im Rahmen des Bündnisses und mit Beteiligung des DGB im Krisenjahr 2009 verabredete doppelte Förderung der Bundesagentur und des Landes bei Übernahme von Auszubildenden aus Insolvenzbetrieben und in Kurzarbeit sei schnell und unbürokratisch umgesetzt worden, lobte der DGB. Der vom DGB im letzten Jahr geforderte Schutzschirm für Ausbildung sei an dieser Stelle erfolgreich umgesetzt worden.

Angesichts des drohenden Fachkräftemangels forderte der DGB einen konjunkturunabhängigen Ausbau der Aus- und Weiterbildungskapazitäten durch Land und Wirtschaft. Zur Höhe des Bedarfs verwies die DGB-Vize auf eine Studie des Wirtschaftsministeriums, nach der bereits 2015 in Baden-Württemberg 120.000 Fachkräfte fehlen werden.

DGB-Pressestelle, Jürgen Klose